

## Fragenkatalog Parlamentarischer Beirat, Sitzung am 15.3.2023

**1.: Auf Seite 10 (2. Absatz) der Studie werden u.a. innovative Politikinstrumente und angemessene Kontroll- und Mitwirkungsmöglichkeiten der Zivilgesellschaft gefordert. Im Hinblick auf die in dieser Legislaturperiode angestrebte Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung stellt sich die Frage, wie die Nachhaltigkeitsstrategie stärker in der parlamentarischen Praxis, insbesondere aber in der Gesetzgebung, verankert werden kann und wie der Beirat die Transformation gestalten und beschleunigen kann. Auf Seite 46 der Studie werden unter Ziffer 3.3 „Mangelnde politische Gestaltung und Kommunikation“ einige Schwierigkeiten der Politik ausdrücklich benannt. Wie lässt sich das von Ihnen beschriebene Phänomen der „politischen Kurzatmigkeit“ überwinden?**

Grundsätzlich sollten alle neuen Politikinstrumente dem *Subsidiaritätsprinzip* Rechnung tragen. Dieses stärkt die Eigenverantwortung und die Partizipation und schützt die Einzelnen und untergeordnete gesellschaftliche Ebenen (Familie, Kommune, zivilgesellschaftliche Akteure usw.) vor bürokratischem Zentralismus. Umgekehrt verlangt dieses Prinzip aber auch ein Handeln der übergeordneten Ebene, wo es deren Hilfe bedarf.

Eine in diesem Sinne subsidiäre Politik ist in einer immer komplexer werdenden Welt die Voraussetzung für breite Akzeptanz und Grundlage dafür, dass die je unterschiedliche Verantwortung angemessen verteilt, von allen Beteiligten wirksam wahrgenommen und nicht auf andere verschoben wird und somit diffundiert. Mitsprache, Teilhabe und Verantwortungsübernahme dürfen dabei nicht voneinander getrennt werden. In der Präsentation hieß es daher: „Zukunftsfähige Demokratie durch Partizipation und Selbstbindung“

Was bedeutet das konkret? In der wissenschaftlichen Debatte zur Politischen Ökonomie der Nachhaltigkeit wird dazu darüber diskutiert<sup>1</sup>, wie politische Grundsatzentscheidungen zur Nachhaltigkeit (wie z.B. die Verpflichtung auf das 2 Grad Klimaziel) längerfristig und mit Planungssicherheit für alle Beteiligten bindend verfolgt werden können, ohne ständig im politischen Tagesgeschäft wieder zur Disposition gestellt zu werden. Dazu kann man die Umsetzung dieser politischen Grundsatzentscheidungen auf demokratisch legitimierte Weise an geeignete Institutionen delegieren. So haben wir schon in der Vergangenheit Institutionen wie die Zentralbanken geschaffen, die sich treuhänderisch und mit entsprechender Fachexpertise um Ziele wie die Geldwertstabilität sorgen.

In analoger Weise schlagen Wissenschaftler wie Ottmar Edenhofer nun eine *europäische Klimazentralbank* vor, die „einem langfristigen, politisch festgelegten Klimaziel verpflichtet ist und davon abgeleitet den Emissionshandel justiert.“<sup>2</sup> Studien haben immer wieder gezeigt, dass die enormen Preisverzerrungen auf dem Markt für Klimazertifikate vor allem auf politische

---

<sup>1</sup> Vgl. dazu z.B. Garret Joes, 10 % Less Democracy. Why you should trust elites a little more and the masses a little less, Stanford 2020.

<sup>2</sup> Edenhofer, E.: Die Systemfrage. In: Herder Korrespondenz Spezial Oktober 2020. S. 52  
Hochschule für Philosophie Philosophische Fakultät SJ

Unsicherheit und fehlende langfristige Verpflichtung zurückzuführen sind<sup>3</sup>. Die Übertragung von Kompetenzen an eine Klima-Zentralbank kann daher dazu beitragen, die Glaubwürdigkeit langfristiger Politik zu stärken, aber auch flexibler auf unerwartete ökonomische und politische Ereignisse zu reagieren.

Noch eine grundsätzliche Bemerkung, bevor ich etwas zur Frage der Weiterentwicklung des Parlamentarischen Beirats für nachhaltige Entwicklung sage: Das demokratische Potential der *Digitalisierung* ist noch längst nicht ausgeschöpft, die neuen Kommunikationskanäle dienen zu häufig gegenseitigen Schuldzuweisungen statt der gemeinsamer Verantwortungsübernahme. China nutzt künstliche Intelligenz zum Aufbau eines digitalen Überwachungsstaates, wir nutzen KI bislang nicht zum Ausbau eines digitalen Teilhabestaates. Es sollte mehr darum gehen, Transparenz zu schaffen, Silo-Denken (besonders auch in der Verwaltung) aufzubrechen – dazu gehören neue Indizes, Foren für Online-Beteiligung (auch mit Klar-Namen der beteiligten Bürger, die sich online ausweisen können), aber auch einfache Informationsmöglichkeiten über den CO<sub>2</sub>-Abdruck verschiedenster Konsumgüter.

Die *Arbeit des Parlamentarischen Beirats* ist in dieser Hinsicht ein Positivbeispiel für Transparenz, allerdings noch nicht für Partizipation und Repräsentation. So gibt es eine sehr gute Dokumentation der bisher vorgebrachten Beiträge, allerdings wäre für die Zukunft zu fragen, wie es noch besser gelingen kann, alle gesellschaftlichen Gruppen gleichermaßen anzusprechen, ihre Anliegen abzufragen und sie und in diesen gemeinsamen Erkenntnisprozess einzubinden.

Zudem: Welche Rolle kann der Beirat für die kohärente Verknüpfung der verschiedensten Initiativen des Parlaments zur Förderung der Nachhaltigkeit beitragen, etwa hinsichtlich der im Aufbau befindlichen Bürgerräte, auf die ich bei der zweiten Frage eingehen werde.

## **2. Auf Seite 60 der Studie wird hervorgehoben, wie wichtig es sei, konkrete Transformationsvorhaben möglichst partizipativ zu gestalten. Sind die beim Deutschen Bundestag im Aufbau befindlichen Bürgerräte dafür ein geeignetes Forum?**

In diesen *Bürgerräten* diskutieren zufällig ausgeloste Bürger unter Anleitung und Hinzuziehung von Experten (die durch die Wahl des Settings große Einflussmöglichkeiten haben) über gesamtgesellschaftliche Zukunftsfragen, die Beschlüsse haben für Parlamente/Gemeinderäte „Empfehlungscharakter“. Ein derartiges Setting ist vor allem hilfreich, um wie es Altbundespräsident Köhler als Schirmherr eines Pilot-Bürgerrates ausdrückte, „Veränderungsbereitschaft auszuloten“<sup>4</sup>, und um die gesamtgesellschaftliche Konsensfähigkeit in wichtigen Zukunftsfragen zu stärken und sichtbarzumachen. Bürgerräte können allerdings weder „Nebenparlamente“ sein noch beratende Expertengremien ersetzen. Das bedeutet: Bürgerräte

---

<sup>3</sup> G. Grosjean, W. Acworth, C. Flachsland & R. Marschinski (2016) After monetary policy, climate policy: is delegation the key to EU ETS reform?, *Climate Policy*, 16:1, 1-25, DOI: 10.1080/14693062.2014.965657

<sup>4</sup> <https://buergerrat-klima.de/wieso-ein-buergerrat-klima/schirmherr-horst-koehler>  
Hochschule für Philosophie Philosophische Fakultät SJ

helfen dann, wenn sie von der breiten Öffentlichkeit tatsächlich wahrgenommen werden (es hilft also nicht, nur die Ergebnisse zu veröffentlichen) und ihre Empfehlungen als „vernünftiger allgemeiner Konsens“ empfunden werden, so dass Parlamente sich dafür rechtfertigen müssen, wenn sie diese Empfehlungen ignorieren.

Eine wichtige Voraussetzung für ihre Legitimation und ihren Erfolg dürfte ein klares Erwartungsmanagement sein. Daher sollte im Vorfeld geklärt werden, welche Fragen in derartigen Bürgerräten diskutiert werden sollen – und ob Parlamente/Gemeinderäte dies dann nur „zur Kenntnis nehmen“ müssen oder nicht auch – unter bestimmten, genau zu definierenden Voraussetzungen – aktiv überstimmen müssen.

Bürgerräte sind eine mögliche Ergänzung, aber kein Ersatz für Expertenbeiräte bzw. Kommissionen, in denen Stakeholder gemeinsame Empfehlungen erarbeiten. Auch hier entscheiden die Befugnisse dieser Gremien bzw. der politische Wille, die Beschlüsse solcher Gremien politisch auch ernsthaft zur Kenntnis zu nehmen und umzusetzen, über deren Wirksamkeit.

Eine sehr erfolgreiche Institution ist das *Climate Change Committee (CCC)* in Großbritannien, das von der britischen Regierung 2008 im Zuge der Verabschiedung des Climate Change Acts“ als unabhängiges, nicht-ministerielles Expertengremium eingesetzt wurde.<sup>5</sup> Ziel des Gremiums ist es, die Umsetzung des inzwischen mehrfach angepassten britischen Climate Change Acts zu überwachen, indem das CCC u.a. verbleibende Kohlenstoffbudgets ermitteln, die zur Erreichung der Klimaziele noch emittiert werden dürfen.

Der CCC berichtet dem Parlament regelmäßig über Fortschritte bei der Zielerreichung. Das Mandat des CCC erstreckt sich über die jeweiligen Legislaturperioden hinaus, was dazu beigetragen hat, dass der allgemeine Kurs des Vereinigten Königreichs beim Klimawandel auf das langfristige Ziel ausgerichtet bleibt. Das Committee ist mit deutlich weitreichenderen Befugnissen ausgestattet als der erst im Dezember 2019 eingesetzte Expertenrat für Klimafragen (ERK).<sup>6</sup>

---

<sup>5</sup> Vgl. dazu z.B. <https://www.oecd.org/climate-action/ipac/practices/the-united-kingdom-s-pioneering-climate-change-act-c08c3d7a/>.

<sup>6</sup> Saurer, J. Grundstrukturen des Bundes-Klimaschutzgesetzes. *NuR* 42, 433–439 (2020). <https://doi.org/10.1007/s10357-020-3703-4>

**3: Meines Erachtens zurecht wird in vorliegender Studie angemerkt, dass der Einfluss des „Kulturellen Bedeutungsgewebes“ bei der Bewältigung der Zumutungen und der Herausforderungen der sozial-ökologischen Transformation zu wenig beachtet und in den laufenden Prozess der Transformation zu wenig eingebunden wird. Inwieweit nutzen die katholischen Bistümer bereits heute ihre Möglichkeiten, den Transformationsprozess aus kirchlicher Sicht zu begleiten? Wie informieren und diskutieren die deutschen Bistümer Fragen der Nachhaltigkeitspolitik mit ihren Mitgliedern, organisieren Teilhabe in den Gemeinden und motivieren die Gläubigen zur Hinterfragung des eigenen Lebensstils z. B. in Bezug auf den eigenen ökologischen Fußabdruck? Existieren Gremien, Prozesse oder konkrete Planungen, mit denen die katholische Kirche auf den verschiedenen Ebenen im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Prozess der Transformation des kulturellen Bedeutungsgewebes im Sinne der Nachhaltigkeit mitgestaltet oder mitgestalten will? Gibt es Beschlüsse, Absichtserklärungen oder ähnliches, nach denen die katholische Kirche auf den verschiedenen Ebenen im Rahmen ihrer Möglichkeiten den Prozess der Transformation des kulturellen Bedeutungsgewebes im Sinne der Nachhaltigkeit mitgestaltet oder mitgestalten will? Gibt es Beschlüsse, Absichtserklärungen oder ähnliches, nach denen sich die katholische Kirche als proaktiver Teil des Transformationsprozesses auch in kultureller Hinsicht sieht?**

Diese Frage ist wichtig und sehr umfangreich. Gestatten Sie mir als Einstieg die persönliche Vorbemerkung, dass es in der Katholischen Kirche für fast alles ein Gremium gibt – so auf der Ebene der Deutschen Bischofskonferenz wie in den 27 Bistümern eine Vielzahl von Ausschüssen, Prozessen und viel guten Willen für Nachhaltigkeit, aber zu wenig gemeinsame Standards, zu wenig verbindliche Ziele und zu wenig Austausch zwischen den einzelnen „Silos“ – so wie leider oft auch in der Politik und Zivilgesellschaft. Papst Franziskus selbst nennt die Zersplitterung und fehlende Abstimmung in seiner Enzyklika *Laudato si'* als eine der „Schwächen der Reaktion“.

Grundsätzlich sehen die christlichen Kirchen und andere große Religionen es schon seit jeher als ihre Aufgabe an, gesellschaftliche Entwicklungen ethisch zu reflektieren und orientierende Maßstäbe dafür anzubieten. Die Sozialverkündigung durch die päpstlichen Enzykliken und ortskirchlichen Erklärungen greifen seit den 1960er Jahren regelmäßig Fragen globaler Ungleichheit und Gerechtigkeit auf, seit den 1980er Jahren beginnend mit dem vom Weltkirchenrat ausgerufenen ökumenischen „Konziliaren Prozess für Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung“, auch in der Verbindung zu ökologischen Fragen. Dieser hat sehr viel zur Verbreitung des Gedankenguts an der kirchlichen Basis beigetragen und sich ab 1992 eng mit den staatlich-zivilgesellschaftlichen Bestrebungen der Agenda 21 verzahnt. Ausdruck dieser Verbindung war z.B. die BUND/Misereor-Studie *Zukunftsfähiges Deutschland* von 1996.<sup>7</sup>

Ein Meilenstein war die von Papst Franziskus im Juni 2015 veröffentlichte Enzyklika *Laudato si'* „Über die Sorge für das gemeinsame Haus“, die weit über das kirchliche Umfeld hinaus viel Aufmerksamkeit, vor allem auch in der Wissenschaft erfahren hat, weil sie mit großer Klarheit die

---

<sup>7</sup> BUND und Misereor (Hrsg.): *Zukunftsfähiges Deutschland*. Ein Beitrag zu einer global nachhaltigen Entwicklung. Basel 1996. <https://doi.org/10.1007/978-3-0348-5088-9>  
Hochschule für Philosophie Philosophische Fakultät SJ

Kenntnisse der Wissenschaft stärkt und die Religionsgemeinschaften und Kirchen dazu auffordert, ihre Rolle als „Change Agents“ wahrzunehmen.

Im Hinblick auf die kulturelle Dimension der Transformation spielt für kirchliches Handeln die notwendige Bewusstseinsbildung eine zentrale Rolle. Dies ist ein Bereich, in dem die Kirche aufgrund ihrer Traditionen wie ihrer weltweiten Vernetzung (nach wie vor) großes Potenzial zugeschrieben wird.<sup>8</sup> Zwei Bereiche halte ich dabei für besonders wichtig:

- Umfassende Bildung für nachhaltige Entwicklung: Von Kindergärten und Schulen über Akademie hin zu Universitäten, bei der Ausbildung und Weiterbildung des eigenen Personals, in der Erwachsenenbildung und Jugendarbeit, in ihren Medien, aber auch in der Katechese und ihren Gottesdiensten sind Kirchen und ihre Mitglieder in Bildung und Erziehung engagiert und von daher aufgerufen, Bildung für nachhaltige Entwicklung im umfassenden Sinn zu gewährleisten. Den Bildungsauftrag für einen Wandel ernst zu nehmen bedeutet nicht nur, über die Notwendigkeit der Transformation hin zu einer nachhaltigen Gestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft und über mögliche Wege zu informieren, sondern Menschen auch zu befähigen, ihren Lebensstil und ihre Konsumgewohnheiten zu ändern und selbst aktiv zu werden.
- Eine wichtige Kraft- und Motivationsquelle für persönliche und strukturelle Veränderungen findet sich in den reichen spirituellen und moralischen Traditionen des Christentums und anderer Religionen, die in vielen Angeboten des geistlichen Lebens vermittelt werden: Eine Tugend des rechten Maßes/Fasten/Askese hat eine lange Tradition und ist anschlussfähig an Suffizienz / klimafreundlich leben / Fußabdruck-Reduktion; v.a. natürlich jährlich in den entsprechend geprägten Zeiten des Advents (vier Wochen vor Weihnachten) und der Fastenzeit (sechs Wochen vor Ostern) – Stichwort: Klimafasten – inzwischen aber auch in der so genannten Ökumenischen Schöpfungszeit (1.9. – 4.10.) Dabei darf man jedoch nicht übersehen, dass auch Spiritualität ambivalent sein kann: Sie verfügt über eine Kraft, die bewusst manipuliert oder ungewollt zu Fehldeutungen führen kann, wie was z.B. beim Schöpfungsauftrags („Macht euch die Erde untertan“ statt sie treuhänderisch zu verwalten und zu pflegen) jahrhundertlang der Fall war. Ähnlich wie kulturelle Traditionen muss auch Spiritualität deshalb immer wieder hinterfragt und neu entdeckt werden, um ihr lebensdienliches Potential zu entfalten.

Was die Frage nach den kirchlichen Strukturen angeht, so gibt es im Bereich von Deutscher Bischofskonferenz (DBK) und dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZDK) mehrere Gremien (mit vielen externen ausgewiesenen Fachleuten), die sich mit Transformationsfragen befassen, wie etwa die Sachverständigengruppe „Weltwirtschaft und Sozialethik“ (SWS) der Kommission Weltkirche der DBK. Deren Studien richten sich gezielt an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in Kirche und Gesellschaft und werden über die verschiedenen kirchlichen Akteure

---

<sup>8</sup> Vgl. Glaab, K. und Fuchs, D. (2018): Green Faith? The role of faith-based actors in the global sustainable development discourse. In: Environmental Values 27(3): 289-312, sowie Fuchs, D. und Graf, A. (2015): Interessenvertretung in der Globalisierten Welt. In: Zimmer, A. und Speth, R. (Hrsg.): Lobbywork. Interessenvertretung als Politikgestaltung. Wiesbaden: Springer, S. 97-120

in gesellschaftlich-politische Diskurse eingetragen. Die Studie zum Gelingen der sozial-ökologischen Transformation der SWS ist Teil eines mehrjährigen Projekts zu „Nachhaltige Entwicklung im Licht von *Laudato si'*. Die sozial-ökologische Transformation und der Beitrag der Kirche“. Um mit diesen und anderen Studien der SWS innerkirchliche wie gesellschaftliche Debatten zum notwendigen gesellschaftlichen Wandel anzuregen, hat die Deutschen Kommission *Justitia et Pax* eine Resonanzgruppe eingerichtet, der Vertreterinnen und Vertreter wichtiger gesellschaftlicher Akteure sowie kirchlicher Verbände und Organisationen angehören. Dadurch entsteht ein Forum, über das die Überlegungen in einen breiteren gesellschaftlichen Diskurs getragen und Debatten darüber geführt werden können, welchen spezifischen Beitrag Politik, Wirtschaft, Kirchen und Zivilgesellschaft leisten können, um eine lebenswerte Zukunft für alle und den dafür notwendigen Wandel von Wirtschaft und Gesellschaft zu gestalten.

Was die abschließende Frage nach programmatischen Beschlüssen oder Abschlusserklärungen der Kirche als proaktiver Teil des Transformationsprozesses auch in kultureller Hinsicht zu wirken angeht, so erlaube ich mir auf eine in dieser Hinsicht programmatische Aussage von Papst Franziskus in seiner Enzyklika *Laudato si'* (Ziffer 111) zur ökologischen Kultur hinzuweisen:

„Die ökologische Kultur kann nicht reduziert werden auf eine Serie von dringenden Teilantworten auf die Probleme, die bezüglich der Umweltschäden, der Erschöpfung der natürlichen Ressourcen und der Verschmutzung auftreten. Es müsste einen anderen Blick geben, ein Denken, eine Politik, ein Erziehungsprogramm, einen Lebensstil und eine Spiritualität, die einen Widerstand gegen den Vormarsch des technokratischen Paradigmas bilden. Andernfalls können auch die besten ökologischen Initiativen schließlich in derselben globalisierten Logik stecken bleiben. Einfach nur eine technische Lösung für jedes auftretende Umweltproblem zu suchen bedeutet, Dinge zu isolieren, die in der Wirklichkeit miteinander verknüpft sind, und die wahren und tiefsten Probleme des weltweiten Systems zu verbergen.“

**4: Die Studie akzentuiert sehr stark den Aspekt einer „fairen“ Verteilung von Zumutungen und Chancen. Zugleich betont sie, dass „Anreize“ für eine nachhaltige Entwicklung gesetzt und Fehlanreize vermindert oder verhindert werden müssten. Unter Anreizen werden im gängigen Verständnis unserer Art zu wirtschaften aber finanzielle Anreize, um nicht zu sagen: Gewinnmaximierung, verstanden. Führt diese Art von Anreiz nicht notwendig zur Akkumulierung von Ressourcen, und verstärkt dies nicht die bereits gegenwärtig global wie national extrem ungleiche Wohlstandverteilung nach dem Motto: „Wer viel hat, dem wird noch mehr gegeben“? Und steht dies nicht im Widerspruch zur eingangs genannten Forderung nach einer fairen Verteilung von Chancen?**

In der Studie machen wir klar, dass es verschiedene „Elemente“ oder „Sphären der sozial-ökologischen Transformation“ (S. 17) gibt, die zusammenwirken müssen und nicht gegeneinander ausgespielt werden sollten:

Zum einen braucht es für eine Entkoppelung von Wohlstand und Ressourcenverbrauch einen Ordnungsrahmen und da spielen tatsächlich wirtschaftliche Anreize und die Korrektur von vorhandenen Fehlanreizen eine entscheidende Rolle. Dabei müssen gleichzeitig aber auch der soziale Ausgleich und die internationale Abstimmung in den Blick genommen werden, um soziale Ungleichheiten zu verringern und zu verhindern, dass z.B. industrielle Produktion in Länder mit deutlich geringeren Umweltauflagen verlagert wird.

Daneben, besser gesagt vorbereitend und ergänzend dazu, gibt es aber auch die Sphäre des „kulturellen Wandels“, wo das Verständnis dafür wachsen muss, dass Lebensqualität selten durch ein „immer mehr“ erreichbar ist.

Auch wenn marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen und Anreize allein nicht ausreichen, haben sie für die sozial-ökologische Transformation eine wichtige Bedeutung. Bei entsprechender Gestaltung können sie auch einen wichtigen Beitrag dazu liefern, den Wandel zu mehr Nachhaltigkeit sozialverträglich zu gestalten oder soziale Ungleichgewichte gar zu verringern.

Wirtschaftswachstum und Gewinnstreben sind dann problematisch, wenn die sozialen und ökologischen Kosten von Produktion und Konsum nicht von den Verursachern getragen, sondern auf sozial Schwächere und zukünftige Generationen abgewälzt werden. Deshalb ist es aus Gründen der Gerechtigkeit und der wirtschaftlichen Klugheit wichtig, dass die Verursacher die Kosten selbst tragen, indem die Nutzung und Verschmutzung von Umwelt mit einem angemessenen Preis belegt wird. Die dafür geeigneten Instrumente mit jeweiligen Vor- und Nachteilen sind eine CO<sub>2</sub>-Steuer oder der Handel mit knappen Emissionszertifikaten.

Noch einfacher ist der Abbau umweltschädlicher Subventionen, die das Umweltbundesamt in ihrer jüngsten Studie allein in Deutschland auf jährlich 65 Milliarden EUR beziffert<sup>9</sup>. Dirk Messner, der Chef des Umweltbundesamtes, hat klargestellt, dass ein solcher Abbau „eine wunderbare Win-Win-Situation ermöglicht“, da Subventionen häufig Fehlanreize darstellen, die andernorts hohe

---

<sup>9</sup> Zahlen beziehen sich auf 2018 und bezieht sich nur auf die wichtigsten umweltschädlichen Subventionen des Bundes – Programme der Länder und Kommunen sind darin weitgehend unberücksichtigt. Zitat nach:

<https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/interview-mit-dirk-messner-es-sind-keine-steuererhoehungen-ueber-die-wir-hier-reden/29006250.html>

Hochschule für Philosophie Philosophische Fakultät SJ

Prof. Dr. Johannes Wallacher Kaulbachstraße 31a 80539 München Tel.: +49 (0)89-23 86 23 59 johannes.wallacher@hfph.de www.hfph.de

Folgekosten verursachen. Etwa die Hälfte dieser umweltschädlichen Subventionen könnte theoretisch innerhalb einer Legislaturperiode abgeschafft werden, die andere Hälfte wird durch europäische und internationale Vereinbarungen reguliert (Mehrfachbesteuerung von Flügen, Steuerbefreiung Kerosin).

Die größten umweltschädlichen Subventionen (Pendlerpauschale, Dienstwagenprivileg, Bevorzugung von Diesel)<sup>10</sup> bevorteilen zudem Gutverdiener weit überdurchschnittlich.

In diesem Zusammenhang hat auch das Mercator Research Institut für Global Commons 2021 eine Reihe von „Legenden“ rund um Klimaschutz, Subventionen und soziale Gerechtigkeit widerlegt<sup>11</sup>: Darunter den Irrtum „Die Pendlerpauschale ist für die Landbevölkerung von entscheidender Bedeutung“. Tatsächlich kommt die Pendlerpauschale nämlich vor allem Haushalten mit mittlerem und hohem Einkommen (in Stadt und Land gleichermaßen) zugute, Niedrigverdiener sind unter den Pendlern stark unterrepräsentiert. Es gibt Härtefälle, aber die Pendlerpauschale ist dafür ein ausgesprochen ineffektives Instrument. Laut Umweltbundesamt sollte man sich bei der Pendlerpauschale daher auf die (verhältnismäßig wenigen) einkommensschwachen Menschen konzentrieren, die lange Anfahrtswege haben. Im Moment geht der Großteil vor allem an Menschen mit höheren Einkommen: Die haben größere Autos, mit hohem Verbrauch. Sinnvoll wäre daher eine schrittweise Reduktion der Pendlerpauschale, dafür deutlich mehr Investitionen in öffentliche Infrastruktur. Beim Dienstwagenprivileg empfiehlt das Umweltbundesamt ebenfalls Abschaffung oder einen Kompromiss: Je kleiner das Auto ist und je weniger CO<sub>2</sub> es ausstößt, desto geringer sollte die Besteuerung der privaten Nutzung des Dienstwagens sein.

Ein weiterer weit verbreiteter Irrtum gibt es bzgl. einer Klimaprämie oder Klimadividende, d.h. eine pauschale Prämie, mit der den Verbrauchern die durchschnittlichen Kosten der Treibhausgas-Bepreisung ganz oder teilweise rückerstattet werden. So erhalten beispielsweise in der Schweiz alle Bürgerinnen und Bürger am Ende des Jahres den gleichen Betrag ausbezahlt. Das damit verbundene häufige Vorurteil lautet: „Die Klimadividende entlastet vor allem die obere Mittelschicht.“ Das Mercator Research Institut für Global Commons zeigt dagegen: Pro-Kopf-Zahlungen (Klimadividende, Bürgerenergiegeld, Klima-Bonus) sind von zentraler Bedeutung: „Eine Pro-Kopf-Rückerstattung nützt den einkommensschwächsten Haushalten am meisten, da sie weniger CO<sub>2</sub>-intensive Güter nutzen und kleinere Wohnungen beheizen, und führt dort im Durchschnitt für diese Gruppe sogar zu einer Netto-Entlastung. Auch im Durchschnitt der einkommensstärkeren Haushalte gibt es dann nur eine geringe Netto-Belastung“. „Zwar wird besonders klimaschädliches Verhalten verteuert und damit unattraktiv – das ist ja auch ihr Zweck. Aber die CO<sub>2</sub>-Bepreisung bürdet, wenn sie durch kluge Kompensation ergänzt wird, keineswegs einer ganzen sozioökonomischen Gruppe übermäßige Lasten auf, ganz im Gegenteil.“<sup>12</sup>

---

<sup>10</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/daten/umwelt-wirtschaft/umweltschaedliche-subventionen-in-deutschland#umweltschaedliche-subventionen>

<sup>11</sup> MCC Arbeitspapier (2021): CO<sub>2</sub>-Bepreisung: Mehr Klimaschutz mit mehr Gerechtigkeit. [https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/C18\\_MCC\\_Publications/2021\\_MCC\\_Klimaschutz\\_mit\\_mehr\\_Gerechtigkeit.pdf](https://www.mcc-berlin.net/fileadmin/data/C18_MCC_Publications/2021_MCC_Klimaschutz_mit_mehr_Gerechtigkeit.pdf)

<sup>12</sup> Ebd., S. 7



**Zu 5: Welcher Sachstand lässt sich in Bezug auf die Umsetzung von Elementen nachhaltiger Entwicklung in den deutschen Bistümern feststellen? Gibt es hierzu eine regelmäßige Dokumentation, ein Monitoring oder ein ähnliches Instrument zur Erfassung und Steuerung der Anstrengungen für eine nachhaltige Entwicklung? Gibt es solche Instrumente auf der Ebene einzelner Diözesen, auf der Ebene der Deutschen Bischofskonferenz oder gar der Weltkirche bzw. welche Initiativen zur Implementierung gibt es hierzu?**

Die Deutsche Bischofskonferenz hat zur Konkretisierung von Papst Franziskus' Sozialenzyklika „Laudato Si“ schon 2018 sog. *Handlungsempfehlungen zu Ökologie und nachhaltiger Entwicklung für die deutschen Bistümer* (vgl. DBK 2018) veröffentlicht. In diesen Empfehlungen stehen – auch im Urteil vieler nichtkirchliche Expertinnen und Experten – viele richtige Dinge. Mit diesen Empfehlungen haben die Bistümer eine Handlungsmatrix dafür entwickelt, was sie in all den ganz konkret praktischen ökologischen Handlungsfeldern tun müssten, um möglichst nachhaltig im Sinn von dauerhaft-zukunftsfähig zu agieren. Es geht in einigen dieser Empfehlungen u.a. sehr konkret um

- die Zahl und den baulich-energetischen Zustand der Gebäude in kirchlichem Eigentum sowie den Gebäudebetrieb, dem – da ca. 80% kirchlicher Treibhausgas-Emissionen aus dem Gebäude-Sektor stammen – zentralen Stellhebel für Treibhausgasneutralität der Kirche;
- Nutzung von Flächen in kirchlichem Eigentum, ob landwirtschaftlich genutzt, Forsten, oder Friedhöfe – dem Hebel für Wasser-, Boden- und Artenschutz genauso wie für den kirchlichen Beitrag zum Erhalt der Kulturlandschaft und einer bäuerlich strukturierten Landwirtschaft,
- Mobilität,
- Beschaffung,
- und Investmentverhalten.

Sieht man sich neben den „Handlungsempfehlungen“ zusätzlich den drei Jahre später ebenfalls von der Deutschen Bischofskonferenz erstmalig veröffentlichten *Umwelt- und Klimabericht der deutschen Kirche* (vgl. DBK 2021) an, zeigt sich ein deutlicher Konkretisierungsbedarf:

- Beim Vergleich mit CSR-, Nachhaltigkeits-, Klima- und/oder Umweltberichten aus anderen Kontexten, namentlich denen der Wirtschaft, lässt der Bericht der Bischofskonferenz noch viel Raum für Verbesserung, vor allem deshalb, weil er nur an den wenigsten Stellen zahlenbasiert ist, also empirisch verifizierbar und damit quantitativ vergleich- und bewertbar.
- Zudem gibt es in nur wenigen Bistümern und kaum einem Handlungsfeld bislang öffentlich erklärte Ziele und wenig systematische Ansätze, die negativen Umweltauswirkungen des eigenen Handelns zu reduzieren. Hierzu zählen würden klare Zieldefinitionen und Leitungsvorgaben, die dem Maß der Herausforderungen entsprechen, untersetzt mit entsprechenden Regelwerken für Prozesse und Standards, Verantwortungsbenennungen und Mandatierungen, Monitoring- und Controlling-Instanzen sowie notwendiger Ressourcenallokation.

- Stattdessen ist der DBK-Umweltbericht – mit Ausnahme einiger weniger Einzelstrategien in einzelnen Bistümern – weitgehend ein bunter Blumenstrauß guter Einzelbeispiele und Leuchtturmprojekte; er ist der selbst gedruckte Beleg dafür, dass Nachhaltigkeit bislang noch kaum im Regelhandeln kirchlicher Organisationen verankert ist. Einzelne Einrichtungen, Konvente und Klöster mag es dabei durchaus geben, die ein anderes Bild abgeben, aber grosso modo sind in puncto Nachhaltigkeitssystematik weder die Orden noch sonstige kirchliche Rechtsträger besser als die Bistümer.

Seit wenigen Jahren beginnen etliche Bistümer dank öffentlicher Förderprogramme Klimaschutzgesamt- bzw.-Teilkonzepte, Klimaschutzkoordinatoren einzuführen oder CO2-Bilanzen in der Fläche zu erstellen. Interessant sein zu sehen wird, ob das ANK (Aktionsprogramm Natürlicher Klimaschutz) eine ähnliche Zugkraft wird entfalten können wie die Kommunalrichtlinie. Positiv stimmt zudem, dass es Vorüberlegungen für einen möglichen zweiten Klimabericht auf Bundesebene gibt, der ein stärkeres Gewicht auf Zahlen und Daten legt. Schließlich darf nicht unterschlagen werden, dass es bundesweit seit ca. 20 Jahren inzwischen ca. 1.000 „Leuchttürme“ von beiden großen Kirchen gibt, die ein Umweltmanagementsystem nach der EMAS-Norm praktizieren oder im Prozess der Einführung sind. Diese Gemeinden und kirchlichen Einrichtungen haben sich im Netzwerk Kirchliches Umweltmanagement ([www.kirum.org](http://www.kirum.org)) zusammengeschlossen.

**6.: In der Studie wird aufgezeigt, dass Car-Sharing-Modelle ein Element der Änderung des Konsum- und Mobilitätsverhaltens darstellen sollen (Seite 26 f.). Inwiefern stellen Sie sich eine Förderung dieser Modelle durch den Bund und ggf. die Länder vor dem Hintergrund zahlreicher bereits bestehender Möglichkeiten an Sharing-Modellen, auch durch private Fahrgemeinschaften (z. B. via App), vor?**

Hier wäre es zunächst wichtig, aus dem teilweisen Scheitern der Car-Sharing-Angebote der großen Automobilkonzerne zu lernen. Ihnen ging es darum, möglichst schnell eine starke Stellung im gesamtdeutschen Markt zu erobern, auf Skaleneffekte zu hoffen und langfristig hohe Gewinnmargen zu erzielen. Dies ist nicht gelungen und gerade auf dem flachen Land fehlt diese Alternative zum ÖPNV sehr.

Was in einigen (vor allen städtischen) Regionen gut funktioniert, sind Car-Sharing-Angebote, die von Bürgerinitiativen, Vereinen oder den Stadtwerken getragen werden. Nicht selten tragen solche Anbieter auch der Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt bei und kooperieren mit dem lokalen ÖPNVs.

Diese Erfahrungen zeigen, dass es sich bei Car-Sharing-Modellen um öffentliche Güter handelt, die entsprechend „bewirtschaftet“ werden müssen. Dementsprechend ist im Bereich Carsharing daher anzuraten, lokale Initiativen weiter zu fördern und Best-Practice-Beispiele bundesweit bekannt zu machen. Bei allen zeigt sich: für eine gelingende Verkehrswende braucht es Push- und Pullfaktoren – und es ist klug, zunächst in die positiven Pullfaktoren zu investieren, bevor die Pushfaktoren verstärkt werden.

Wichtigste Pullfaktoren sind verbesserte und attraktivere Carsharing-Angebote, ggfs. verbunden mit positiven Anreizen wie bevorzugte Parkoptionen für Carsharing-Nutzer. Darüber hinaus gehören zu den Pullfaktoren u.a.: Förderung von Fahrradwegen, Ausbau des ÖPNV und kostengünstigere Tickets, bessere Vernetzung der Verkehrsverbünde und einheitliche Fahrplanauskunft, einfache Abrechnung (ein interessantes Vorbild ist die Oyster-Card, die seit 20 Jahren im Großraum London verfügbar ist und immer den jeweils kostengünstigsten Tarif abbucht).

Zu den Pushfaktoren gehören: City-Maut, Begrenzung des Parkraums (für mehr öffentlichen Raum), Rückbau von überdimensionierten Fahrstraßen und Ausbau von Fahrradwegen. All dies schafft – kluges Verkehrsmanagement vorausgesetzt – lebenswertere Innenstädte.

## **7. Wie ordnen Sie die Bedeutung und die Zukunft der Kernenergie im Hinblick auf die Energiewende und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohleverstromung ein?**

Grundsätzlich gibt es verschiedene Argumente, die den Ausstiegsbeschluss 2011 rechtfertigen:

Erstens haben die Unfälle in Tschernobyl und Fukushima gezeigt, dass es unzulässig ist, das Risiko der Kernkraft\_einfach als Produkt von Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadenshöhe miteinander zu verrechnen. Die Katholische Soziallehre hat schon länger darauf hingewiesen, dass bei solch unermesslichen Schäden die Schadenshöhe einzeln betrachtet werden muss – ein Argument, das der damalige Bundesweltminister Norbert Röttgen im Bundestag zur Begründung des Ausstiegsbeschlusses angeführt hat. Die Folgen von Tschernobyl und Fukushima, und die drohenden Folgen jetzt in der Ukraine auch im Kernkraftwerk Saporischschja zeigen, dass es kaum rechtfertigbar ist, die Schadenshöhe durch die Multiplikation mit einer geringen Eintrittswahrscheinlichkeit „klein zu rechnen“.

Zweitens ist die Kernenergie keine nachhaltige Option für Energiegewinnung: Denn der Betrieb von Atomkraftanlagen ist zwar prima facie weniger emissionsintensiv als der Betrieb fossiler Kohle- oder Gaskraftwerke. Wenn man allerdings die gesamte „Lebensdauer“ der Kernenergienutzung betrachtet, vom Uranabbau bis hin zur Endlagerung, ist die Umweltbilanz insbesondere vor dem Hintergrund der nach wie vor ungelösten Endlagerfrage definitiv keine nachhaltige Option.

Schließlich ist Uran als Kernbrennstoff insgesamt ein begrenzter Rohstoff, wie die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages bereits 2006 in einem Infobrief festgestellt haben.<sup>13</sup>

Dies bestätigt auch die Entwicklung des Anteils der Kernenergie an der weltweiten Stromproduktion, die entgegen der Wahrnehmung – die gesamte Welt außer Deutschland setze auf Kernenergie –, rückläufig ist: Erstmals seit 40 Jahren ist der Anteil der Kernenergie an der weltweiten Stromproduktion 2022 unter die 10-Prozent-Marke gefallen und inzwischen ein gutes

---

<sup>13</sup> Vgl. dazu Uran als Kernbrennstoff: Vorräte und Reichweite, INFO-BRIEF WF VIII G - 069/06, Abschluss der Arbeit: 27.03.2006.

Stück von seinem Rekordhoch (17,5 % in 1996) entfernt.<sup>14</sup> Weltweit sind zurzeit 422 Kernreaktoren mit einem Durchschnittsalter von rund 31 Jahren in Betrieb, 57 Blöcke werden aktuell gebaut, 204 wurden stillgelegt bzw. werden gegenwärtig rückgebaut.<sup>15</sup>

Falsch war also nicht der Ausstiegsbeschluss von 2011, sondern dass man die Dekade danach nicht konsequenter für den Umstieg auf erneuerbare Energien genutzt und stattdessen die vermeintlich bequemere Lösung der flächendeckenden Weiternutzung von fossilen Quellen, insbesondere Gas, unter Inkaufnahme von höchst problematischen Abhängigkeiten von Russland gewählt hat.

Dies hat uns nun allerdings in eine Situation gebracht, in der wir zumindest für eine Übergangszeit zwischen Übeln (und nicht mehr zwischen Gütern) abwägen müssen. Das Ergebnis dieser *Übelabwägung* ist nicht eindeutig und erfordert vor allem Ehrlichkeit und weniger ideologisierte Grabenkämpfe!

Für Deutschland stellt sich folgende Übelabwägung: ein Spannungsfeld zwischen erhöhter Kohlenutzung als klimaschädlichster Form der Energiegewinnung, und zeitlich klar zu begrenzender Weiternutzung der vorhandenen, noch laufenden drei Atommeiler für einen Zeitraum von 3-5 Jahren. Experten zufolge würde dies eine einmalige Nachbestellung von Kernbrennstäben notwendig machen, was im Hinblick auf den zu bewältigenden atomaren Endmüll eine vergleichsweise geringe Zusatzmenge bei nicht unwesentlicher Minderung von Treibhausgas-Emissionen in diesen 3-5 Jahren wäre.

Im letzteren Fall wäre allerdings sehr deutlich und ein für alle Mal klar zu stellen, dass ein erneutes Hinausschieben des vollständigen Ausstiegs in 3-5 Jahren keine verantwortbare und volkswirtschaftlich tragfähige Option wäre – und schon gar nicht ein Neubau von Atommeilern.<sup>16</sup>

## **8: Verantwortungs- und Zuständigkeitsstrukturen der einzelnen föderalen Ebenen waren in einer Krise wie der COVID-19-Pandemie oftmals ein Hemmnis. Welche Reformen zur Modernisierung des Staates sollte die Politik konkret angehen, um auf Krisen wie bspw. eine pandemische Lage besser, schneller und umfangreicher reagieren zu können?**

Die Corona-Krise hat uns tatsächlich einige Einsichten geschenkt, die auch für den Umgang mit der Klimakrise hilfreich sein können – auch wenn beide Krisen natürlich nicht gleichzusetzen sind. Die Verantwortungs- und Zuständigkeitsstrukturen in einem föderalen System können – gerade, wenn es Zuständigkeitsverwirrung und Verantwortungsdiffusion gibt – tatsächlich ein Hemmnis für entschiedenes Handeln im Angesicht einer Krise darstellen. Die Bürokratie-Monster die wir – beispielsweise bei der Auszahlung der 200-EUR-Energiepauschale für die Studierenden – geschaffen

---

<sup>14</sup> Daten laut Gesellschaft für Reaktorsicherheit, <https://www.grs.de/de/aktuelles/kernenergie-weltweit-2023>.

Fossile Energien tragen weltweit 63% zur Stromerzeugung bei, regenerative Energien 26%, die Kernenergie wie gesagt weniger als 10% - man sieht schon beim Blick auf diese Größenordnungen, dass die Kernenergie den notwendigen Rückbau fossiler Energien nicht ersetzen, den Übergang aber erleichtern kann.

<sup>15</sup> Ebd.

<sup>16</sup> In diesem Zusammenhang sollte nicht übersehen werden, dass bis heute ist kein privater Versicherer bereit ist, die Kernkraft aufgrund der Dimension möglicher Schäden zu versichern.

Hochschule für Philosophie Philosophische Fakultät SJ

Prof. Dr. Johannes Wallacher Kaulbachstraße 31a 80539 München Tel.: +49 (0)89-23 86 23 59 johannes.wallacher@hfph.de www.hfph.de

haben, sind hier ein eindrückliches Negativbeispiel, leider auch in diesem Fall befördert durch ein fehlgeleitetes Verständnis von Datenschutz, das nicht die Persönlichkeitsrechte der Nutzer (Stichpunkt: Daten-Autonomie) in den Fokus rückt, sondern dazu beiträgt, den notwendigen Informationsaustausch zu erschweren bzw. zu verhindern.

Viel häufiger ist es aber so, dass föderale Strukturen – insbesondere, wenn sie sich am Grundsatz der Subsidiarität (vgl. Frage 1) orientieren – zwar Abstimmungsprozesse erfordern, aber letztlich resilientere sind als zentralistische Verwaltungen. Ideal ist ein föderales System, in dem die einzelnen Teile miteinander im fairen Wettbewerb um die besten Ideen und Lösungen stehen. Voraussetzung dafür sind Transparenz und ein freier Informationsfluss, sowie einige gemeinsame Regeln und ein Mindestmaß an Solidarität und Chancenausgleich.

Interessanterweise empfehlen die meisten Thinktanks und Forschungsinstitute, die sich mit den Lehren aus Corona beschäftigt haben – von der Stiftung Marktwirtschaft<sup>17</sup> bis hin zum Institut für Ökologische Wirtschaftsforschung<sup>18</sup>, eine Stärkung subsidiärer Strukturen, wobei Solidarität und der freie Informationsaustausch (inkl. die Transparenz gegenüber den Bürgern und Bürgerinnen) eine wesentliche Rolle spielen. Zum Teil ist dabei auch von „Polyzentralität“ die Rede, ein Begriff der daran erinnert, dass in einer Informationsgesellschaft neue dezentrale Entscheidungs-Zentren entstehen können und die alten Hierarchie-Ebenen an Bedeutung verlieren. Was übrigens kein ernstzunehmendes Expertengremium empfiehlt, ist eine De-Globalisierung, die auf Abschottung beruht.

**9: In der Studie wird darauf verwiesen, dass insbesondere die römisch-katholische Kirche in Deutschland eigenes Potenzial für die ökologische Transformation hat. Die katholische Kirche ist Deutschlands größter Immobilieneigner, verpachtet etwa 200.000 Hektar Land und besitzt mehrere Milliarden Euro in Anlagevermögen. Für wie fortgeschritten schätzen Sie die Kirche bei der ökologischen Transformation ihres eigenen Vermögens, etwa bei der energetischen Gebäudesanierung, ökologischen Standards in der Landwirtschaft oder Green-Finance?**

Die Katholische Kirche ist diesbezüglich auch ein Spiegelbild der Gesellschaft, inmitten derer sie Kirche ist. Denn die Bandbreite an Erfahrungen reicht von echten Pionierleistungen und sehr ambitionierten Projekten bis zu gut gemeinten, aber schlecht und nicht wirklich durchdachtem Aktionismus.

In Verwaltungsfragen haben lokale Kirchengemeinden eine sehr große Unabhängigkeit von den Diözesen und ihren Verwaltungen: In aller Regel als juristische Person einer kirchlichen Stiftung (und damit staatlichem Stiftungsrecht unterliegend – inkl. der Verpflichtung auf Erhalt des

---

<sup>17</sup> König, Jörg (2020): EU-Stabilität nach Corona: Subsidiarität und Solidarität, Auf den Punkt, No. 03, Stiftung Marktwirtschaft, Berlin. <https://www.econstor.eu/bitstream/10419/219316/1/1700333062.pdf>

<sup>18</sup> IÖW und DBU (2022): Corona-Krise: Auf der Suche nach einer neuen Balance zwischen Markt/Staat und Zivilgesellschaft für eine resiliente Gesellschaft. [https://www.dbu.de/OPAC/ab/DBU-Abschlussbericht-AZ-36051\\_01-Hauptbericht.pdf](https://www.dbu.de/OPAC/ab/DBU-Abschlussbericht-AZ-36051_01-Hauptbericht.pdf)

Stiftungsvermögens!) sind sie die Eigentümerinnen von Gebäuden und Flächen. Häufig können die Diözesanverwaltungen (die gleichzeitig die Stiftungsaufsicht innehaben) diese vielen Einzeleigentümer zu mehr Nachhaltigkeit nur anreizen, motivieren und überzeugen (z.B. mit Förderprogrammen, konditionierten Bauzuschüssen, etc.), aber ohne entsprechende Rechtsänderungen nicht verpflichten. Rechtlich handelt es sich deshalb nicht, wie in der Frage suggeriert, um den *einen* Akteur kath. Kirche, sondern eine unüberschaubare Vielzahl Tausende eigener Rechtsträger!!

Dennoch gibt es auch in den genannten Feldern Positivbeispiele, hier eine kurze Auswahl im Hinblick auf...

#### ...Gebäude, Gebäudebetrieb, nachhaltiges Bauen und Sanieren:

- Klimaschutzkonzept Erzbistum Freiburg, vom Erzbischof definiertes Ziel: Bzgl. Strom & Wärme klimaneutral bis 2030: [www.ebfr.de/bildung-gesellschaft/gesellschaftliches-engagement/schoepfung-und-umwelt/klimaschutzkonzept/](http://www.ebfr.de/bildung-gesellschaft/gesellschaftliches-engagement/schoepfung-und-umwelt/klimaschutzkonzept/)
- Kampagne Klima & Energie Erzbistum Köln: [www.klima-kirche.de/handlungsfelder/gebaeude-energie/](http://www.klima-kirche.de/handlungsfelder/gebaeude-energie/)
- Überdiözesane Empfehlung: Energiesparen in Kirchen (kirchliche Reaktion auf den „Winter der Versorgungskrise“ 2022), z.B. hier: [www.umwelt.bistum-trier.de/fileadmin/user\\_upload/Benutzer/BFD-umwelt/Handlungsempfehlungen\\_Verantwortungsbewusstes\\_Temperieren\\_von\\_Kirchen\\_-\\_Trier.pdf](http://www.umwelt.bistum-trier.de/fileadmin/user_upload/Benutzer/BFD-umwelt/Handlungsempfehlungen_Verantwortungsbewusstes_Temperieren_von_Kirchen_-_Trier.pdf)
- Leitfaden nachhaltiger Baumaterial- und Baustoffauswahl des Erzbistums München & Freising (inzwischen vom Regierungsbezirk Oberbayern für seine eigenen Bauten übernommen): s. <https://www.erzbistum-muenchen.de/ordinariat/ressort-1-grundsatzfragen-und-strategie/umwelt/leitfaden-nachhaltige-baumaterialauswahl/92148>

#### ...„Kirchenland“:

- AG Ökologie auf Kirchengrund in Bayern (Bündnis von ca 20 ökologisch wirtschaftenden kirchlichen Betrieben), s. <http://www.oekologie-auf-kirchengrund.de/>

#### ...Nachhaltiges Investieren:

- DBK/ZdK Orientierungshilfe „ethisch-nachhaltig investieren“ 2021, <https://www.dbk-shop.de/de/publikationen/sonstige-publikationen/verschiedenes/orientierungshilfe-ethisch-nachhaltig-investieren-2-aktualisierte-auflage.html>